

# Sprache: Ausbeutung Teile und herrsche Freiheit Arbeit und Kapital



„Alles Schlagworte,  
das gibt es doch bei uns gar nicht mehr.“

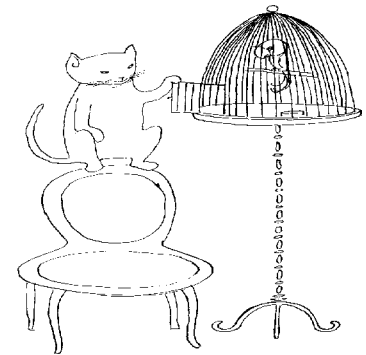
Die Unternehmer und ihre Helfer wissen sehr wohl um die Kraft der Sprache. Deshalb müssen bestimmte Begriffe verschwinden und/oder mit anderen Inhalten gefüllt werden.

Die Arbeitnehmer sollen so orientierungs- und sprachlos gemacht werden! Ein Blick in den Duden und der Vergleich mit der Wirklich helfen da weiter.

Ausbeutung und Ausbeuter ist ein zutreffender Begriff für den Inhalt des Arbeitsverhältnisses, sonst gäbe es keine Arbeitsplätze. Welcher Unternehmer würde jemanden beschäftigen, aus dem er nicht mehr rausholen könnte als er hineinsteckt (Ausbeutung)!

## Teile und herrsche!

Die Zerschlagung der solidarischen Versicherung zugunsten der Privatversicherung stärke angeblich die Freiheit. Betriebliche Bündnisse statt Vertretung durch die Gewerkschaften, sollen angeblich die Freiheit der Arbeitnehmer in den Betrieben stärken. Tatsächlich handeln die Herrschenden nach dem alten Grundsatz: **Teile und herrsche!**



„Komm heraus mein Vögelchen.  
Ich befreie Dich von staatlichem Zwang  
und gewerkschaftlicher Bevormundung!“



„Man muß, wenn von Freiheit gesprochen wird, immer wohl achtgeben, ob es nicht eigentlich Privatinteressen sind, von denen gesprochen wird.“  
Georg Wilhelm Friedrich Hegel

## Freiheit

Der Begriff Freiheit ist positiv besetzt, bedeutet aber für die jeweiligen Menschen etwas ganz anderes, je nachdem in welcher gesellschaftlichen Stellung sie sich befinden. Was für den Unternehmer die Freiheit des Profit-machens ist, ist für Arbeitnehmer der Zwang zur Arbeit.

## Arbeit und Kapital

der alte Gegensatz existiert nicht mehr- sagen die Unternehmer und ihre Vasallen. Damit wollen sie die Arbeitnehmer vom Klassenkampf ablenken, den sie ebenfalls leugnen.



1982 Ellenbogengesellschaft:

Der Begriff der **Ellenbogengesellschaft** ist im ausgehenden 20. Jahrhundert entstanden. Mit ihm wird eine Gesellschaftsordnung beschrieben, die auf Konkurrenz und Eigennutz basiert, bei der also die sozialen Denksweisen und Modellvorstellungen verpönt sind oder als nicht mehr zeitgemäß erscheinen.

1991 ausländerfrei

Die Parole »Ausländerfrei!«, besonders bekanntgeworden bei brutalen Angriffen auf eine Ausländerunterkunft in Hoyerswerda, ist schon für sich gesehen eine zynische Koppelung des Grundworts »frei« mit einer Benennung für Menschen, an deren Stelle sonst überwiegend Kennzeichnungen sächlicher Gefahrenquellen stehen (z. B. »atomwaffen-, staub-, unfall-frei«). Diese spezifische Verbindung hat aber leider auch eine böse deutsche Tradition, die vor 1945 in der Wortbildung »judenfrei« gipfelte. In diese Tradition reiht sich »ausländerfrei« formal wie semantisch nahtlos ein.

1992 ethnische Säuberung **Ethnische Säuberung** bezeichnet die Vertreibung „unerwünschter“ Bevölkerungsanteile aus einem definierten Territorium aufgrund von rassistischer, kultureller oder religiöser Diskriminierung und/oder aufgrund von strategischen oder ideologischen Erwägungen, insbesondere zur Herstellung eines ethnisch homogenen, geschlossenen Territoriums

1993 Sozialabbau **Sozialabbau** ist ein politisches Schlagwort, das einen (befürchteten) Abbau des Sozialstaates meist in kritischer Absicht bezeichnet. Gemeint sind Maßnahmen wie die Verminderung öffentlicher Sozialleistungen, die Beschneidung von Leistungen der Sozialversicherungen, auch die Forderung nach niedrigeren Löhnen und längeren Arbeitszeiten, nach Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten (wie dem Kündigungsschutz), nach bestimmten „Reformen“ im Bildungs- und Gesundheitswesen, nach geringerer staatlicher Finanzierung von sozialen Projekten, wie etwa Beratungsstellen und Verbraucherschutz sowie Schuldnerberatungen, Suchthilfe, soziopsychologische Betreuungsmöglichkeiten und Jugendarbeit.

1993 Überfremdung **Überfremdung** ist ein Begriff, der Ausländer als „Fremde“ und ihre Zuwanderung als überproportional für Inländer kennzeichnet. Er knüpft an ein subjektives Gefühl der Bedrohung einer Bevölkerungsgruppe durch eine relative Bedeutungszunahme einer anderen Gruppe an und unterstellt, dass die ins Land kommenden Menschen die Entwicklung der „eigenen“ Kultur dominieren, beeinträchtigen und negativ beeinflussen.

Der Begriff stammt aus der Ideologie rechter und rechtsextremer Gruppen und Parteien in den deutschsprachigen Ländern. Er wird ähnlich wie „Asylmissbrauch“ oder „Ausländerschwemme“ häufig in tagespolitischen Auseinandersetzungen um Fragen der Einwanderungs-, Integrations- und Asylpolitik etablierter Parteien verwendet und kennzeichnet eine fremdenfeindliche Haltung.

1994 Peanuts **Peanuts** (engl. Erdnüsse) ist in der englischen Umgangssprache ein Ausdruck für Kleinigkeiten oder unbedeutende Geldsummen.

Es wurde 1994 zum „Unwort des Jahres“ erklärt. Hilmar Kopper, damaliger Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank AG benutzte den Ausdruck Peanuts für die Gesamtsumme offener Handwerkerrechnungen im Zuge der Insolvenz des Immobilienunternehmers Jürgen Schneider. Der Ausdruck wurde so zur Maßeinheit für 50 Millionen DM.

1995 **Diätenanpassung** (Beschönigung der Diätenerhöhung im Bund)

1996 Sparpaket

1996: **Rentnerschwemme** (Falsches Naturbild für einen sozialpolitischen Sachverhalt) **Rentnerschwemme** ist das Unwort des Jahres 1996 und bezeichnet in sehr abfälligem Ton die Überalterung der deutschen Bevölkerung.

Durch verschiedene Faktoren, insbesondere durch den Geburtenrückgang und die Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung, ist es zur Umkehr der so genannten Alterspyramide gekom-

men. Schon heute gibt es rein rechnerisch zu wenig junge arbeitende Menschen, um mit dem jetzigen Sozialsystem die Versorgung der alten, nicht mehr arbeitenden Bevölkerungsschicht sicherzustellen.

Durch den Begriff Rentnerschwemme sollte ein plötzlicher Anstieg der Zahl alter Menschen impliziert werden. Dies war und ist natürlich falsch, denn die Zahl der Alten erhöht sich nicht »über Nacht«. Schon in den späten 1980er Jahren machte sich die allmähliche Umkehr der Alterspyramide bemerkbar.

[Wikipedia, der freien Enzyklopädie](#)

[1997 Reformstau](#) Mit dem Begriff **Reformstau** wird das Unterbleiben als nötig angesehener politischer oder struktureller Reformen kritisiert. Der Begriff ist wertend, andere bestreiten, dass ein Reformstau überhaupt existiert.

Der Ausdruck **Reformstau** ist ein politisches Schlagwort und kam erstmals Anfang der 1990er-Jahre in deutschen Medien auf. Der Neologismus war das Wort des Jahres 1997.

Als Grund für Reformstau wird meist mangelnde Einsicht seitens der jeweiligen Bundesregierung (unter Helmut Kohl oder Gerhard Schröder) unterstellt, oder eine obstruktionistische Haltung der jeweiligen Opposition, die im Bundesrat eventuell die Mehrheit stellt.

Explizit wird der Ausdruck *Reformstau* vor allem auf folgende Bereiche bezogen:

Steuersystem (Forderung nach Steuersenkungen und einfacherem Steuersystem)

Sozialversicherung (-Rentenversicherung, -Krankenversicherung, -Pflegeversicherung), deren zukünftige Finanzierbarkeit bezweifelt wird

Arbeitsrecht (Forderung u.a. nach - Deregulierung des - Tarifrechts und

Lockerung des -Kündigungsschutzes mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen)

Abbau von -Subventionen

Abbau der - Staatsverschuldung

1997: «**Wohlstandsmüll**» (Umschreibung arbeitsunwilliger und -unfähiger Menschen durch den Ex-Nestlé-Verwaltungspräsidenten Helmut Maucher) Das Wort „**Wohlstandsmüll**“ als abfällige Bezeichnung für Menschen, die nicht willens oder in der Lage sind, zu arbeiten, wurde 1997 zum Unwort des Jahres gewählt. Dies geht zurück auf den Ausspruch des damaligen Verwaltungsratspräsidenten von Nestlé, Helmut Maucher: „*Wir haben einen gewissen Prozentsatz an Wohlstandsmüll in unserer Gesellschaft. Leute, die entweder keinen Antrieb haben, halb krank oder müde sind, die das System einfach ausnutzen.*“ Der Mensch wird hier in seinem Wert nur noch auf die Erwirtschaftung von Gewinn reduziert; sobald er dieses Ziel nicht erreichen kann oder will, sei er zu „entsorgen“.

1998: «**sozialverträgliches Frühableben**» (Zynisch wirkende Ironisierung durch den Ex-Präsidenten der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar) **Sozialverträgliches Frühableben** ist das Unwort des Jahres 1998. Es spielt darauf an, dass ein Mensch mit Erreichen des Rentenalters mehr volkswirtschaftliche Kosten verursacht, als er volkswirtschaftlichen Nutzen bringt, und benutzt damit Gedankengut eines rationalistischen Staats.

Zu Berühmtheit kam der Begriff, als ihn Ärztekammerpräsident Karsten Vilmar als Mittel ironischer Kritik in einem Radiointerview mit dem NDR verwendete. Das Thema war die Gesundheitspolitik der Rot-Grünen Bundesregierung, welche geplant hatte, die Ärztehonorare zu begrenzen. Im Wortlaut hieß es von Vilmar: „*Dann müssen die Patienten mit weniger Leistung zufrieden sein, und wir müssen insgesamt überlegen, ob diese Zählebigkeit anhalten kann, oder ob wir das sozialverträgliche Frühableben fördern müssen.*“ Auf die Nachfrage, ob die Pläne der Regierung zum früheren Tode der Patienten führen würden, meinte Vilmar: „*Wird diese Reform so fortgesetzt, dann wird das die zwangsläufige Folge sein.*“

1999: «**Kollateralschaden**» (Verharmlosung der Tötung Unschuldiger als Nebensächlichkei, NATO-offizieller Terminus im Kosovo-Krieg)

Aus der Sprache der Krieger und soll militärisches Töten und Zerstören bezeichnen, das „nicht beabsichtigt“ sei: Tod und Zerstörung durch Zielverfehlung.

Ich hörte den Begriff „Kollateralschaden“ erstmals während des Kosovo-Kriegs, als die in 5.000 Metern Höhe umherjagenden Bomber einen Flüchtlingskonvoi mit Raketen angriffen und töteten. Die Flüchtlinge waren für serbische Soldaten gehalten worden. - Tote Soldaten nennt man „Verluste“. „Kollateralschäden“ werden von den Kriegführenden als „unvermeidlich“ hingestellt.

Wenn man „Kollateralschäden“ vermeiden will, dann darf man eben keine Kriege führen.

Wer Kriege führt, nimmt Kollateralschäden „billigend in Kauf“ und kann sich nicht herausreden, was er „nicht gewollt“ habe.

2000: «**National befreite Zone**» (Zynisch heroisierende Umschreibung einer Region, die von Rechtsextremisten terrorisiert wird) Der von Rechtsextremisten geprägte, euphemisierende Begriff der **National befreiten Zone** bezeichnet einen Bereich, in dem rechtsextrem motivierte Gewalt das Straßenbild so stark prägt, dass Menschen nichtdeutscher Abstammung, Ausländer und Ausländerinnen, sich als links oder alternativ verstehende Jugendliche und andere von Rechtsextremen als „fremd“ und „feindlich“ bezeichnete Menschen wie Schwule, Juden, Behinderte, Demokraten, Gewerkschaften aus Angst vor gewalttätigen Übergriffen nicht mehr auf die Straße oder in Einrichtungen wie Clubs, Kneipen, Diskotheken etc. wagen können. So wird faktisch ein rechtlicher Freiraum geschaffen und markiert, in dem Rechtsextremisten Macht ausüben und „Feinde“ oder Abweichler von der so bestimmten „Normalität“ terrorisieren und bestrafen können. Die potentiellen Opfer meiden aus Angst vor gewalttätigen Übergriffen diese Gebiete oder führen, wenn ein Ausweichen nicht möglich ist, ein sehr stark eingeschränktes Leben. Häufig führen direkte Drohungen auch dazu, dass ein Aufbegehren nicht erfolgt bzw. Anzeigen gegen Straftaten unterlassen werden, aus Furcht vor Repressalien.

2001: «**Gotteskrieger**» (Kein Glaube an einen Gott gleich welcher Religion kann einen Krieg oder gar Terroranschläge rechtfertigen) Mit **Gotteskrieger** werden Menschen bezeichnet, die Kriege oder allgemein Waffengewalt befürworten, um den Einfluss ihrer Religion auszubauen. Das Wort kam insbesondere in Folge der Terrorakte vom 11. September 2001 in Mode, als Umschreibung für die islamistisch motivierten Täter. Es wurde auch zum Unwort des Jahres 2001 gewählt. Die Jury begründete ihre Entscheidung damit, dass „kein Glaube an einen Gott gleich welcher Religion (...) einen Krieg oder gar Terroranschläge rechtfertigen“ könne.

2002: «**Ich-AG**» (Reduzierung von Menschen auf Börsenniveau)

2004: «**Humankapital**» (Degradierung nicht nur von Arbeitskräften in Betrieben, sondern von Menschen überhaupt zu nur noch ökonomischen Größen) Das **Humankapital** ist ein relativ neuer Begriff, der sowohl in der Volkswirtschafts- (VWL) als auch in der Betriebswirtschaftslehre (BWL) verwendet wird. Er ist jedoch teilweise umstritten und wird von vielen als Euphemismus aufgefasst. Synonyme Begriffe sind das **Humanvermögen**, die **Humanressourcen** und das **Humanpotenzial**, wobei auch oft die englischen Begriffe **human capital**, **human resources** bzw. **human assets** verwendet werden. Eine absolut genaue inhaltliche Übereinstimmung der Begriffe liegt allerdings nicht vor: So assoziiert Humanressource den „Abbau“ eines begrenzten Rohstoffs, Humanvermögen das bedingungslose Kontrollieren eines Vermögensgegenstands. Die euphemistische Dimension des Begriffs Humankapital ergibt sich insbesondere daraus, dass Kapital zur Sorgfalt verpflichtet.

In der Faktorenlehre (Erich Gutenberg) ist Humankapital ebenso ein Produktionsfaktor wie physisches Kapital. In der neueren Managementliteratur wird das Humankapital dem Intellektuellen Kapital (intellectual capital) zugeordnet.

2005: «**Entlassungsproduktivität**» (Verschleierung der Mehrbelastung derjenigen, die ihren Arbeitsplatz noch behalten konnten) „Entlassungsproduktivität ist die dümmste, weil kurzfristigste Variante von Produktivitätssteigerung, zudem eine Lösung auf Kosten Dritter, nämlich des Steuerzahlers. Eine schöpferische Leistung vermag ich darin nicht zu erkennen.“  
(Gerhard Schröder: *Wahlkampfrede im August 1998*)

«Coburger Tageblatt» zu Unwort des Jahres «**Entlassungsproduktivität**» **Entlassungsproduktivität** ist ein wirtschaftswissenschaftlicher Begriff zur Beschreibung des Phänomens, dass die durchschnittliche Arbeitsproduktivität eines Unternehmens unter Umständen zunimmt, nachdem Mitarbeiter entlassen worden sind.

## Unwort des Jahres 2005

Das Wort wurde in Deutschland zum Unwort des Jahres 2005 gewählt. Der Jury-Vorsitzende Horst Dieter Schlosser merkte bei der Bekanntgabe an, dass Vorschläge aus der Wirtschaft, „*mit denen die Managements beschönigen und verschleiern*“, in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hätten. Der Begriff verschweige zudem seiner Meinung nach die schädlichen Folgen der Arbeitslosigkeit und verschleierte die Mehrbelastung derjenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten konnten.

Kaum ein Mensch findet sich, der derlei je gesagt hat. Lediglich zwei oder drei Autoren von BWL-Fachbüchern haben sich mit dem zweifelhaften Ruhm bekleckert, dies neu-wirtschaftsdeutsche Wort benutzt zu haben. Die Juroren haben also weit daneben gelangt. Ausgerechnet im Entscheidungs-Vorfeld des Auswahl-Gremiums geisterte als «Arbeitsvokabel» ein Begriff herum, der das schließlich gewählte Wort einkreisen sollte, aber es weit in den Schatten stellt. Von «**Arbeitsverdichtung**» war da die Rede. Was das heißt? Der Kollege ist entlassen worden, und zwei, drei andere sind mit einigem Nachdruck darauf hingewiesen worden, dass sie jetzt die dadurch liegende gebliebene Arbeit mit erledigen müssten. Dies beschönigende Wort wär's doch gewesen!  
«Main-Echo» (Aschaffenburg)